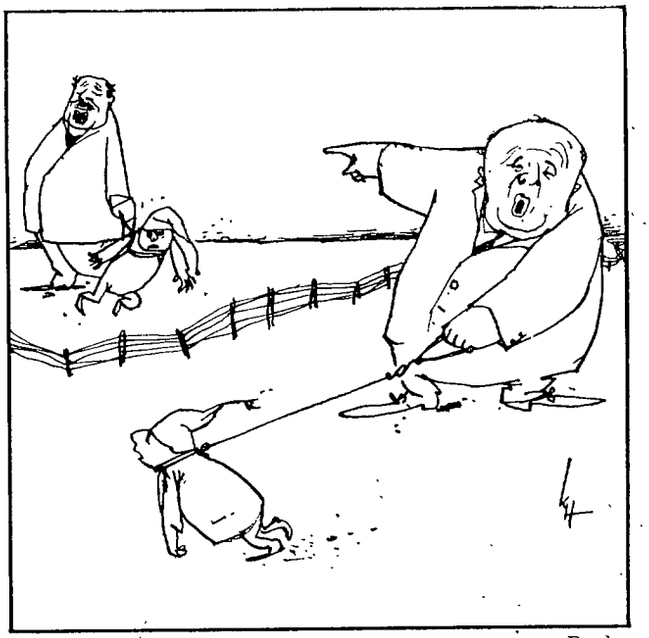
Die Bundesdeutschen hingegen brauchen keine Ausreiseerlaubnis mit terminierter Rückkehrpflicht. Sie kommen in fast alle Westländer ohne Paß und ohne Visum hinein. Meistens genügt sogar der schlichte Personalausweis.

Aber nach dem Entwurf für eine Paßgesetz - Novelle, dessen vorläufig letzte Fassung Ende der vergangenen Woche im Bundesinnenministerium vorlagereif formuliert wurde, darf die Bundesregierung fortan ihre Bürger — ob mit Paß oder nur mit Personalausweis unterwegs — aus dem Ausland zurückpfeifen.



Pardon

„Es ist aber doch unbestritten, daß unsere Leine länger ist als die da drüben!"

Wer solchem Kommando nicht schleunigst folgt, riskiert bei späterer Rückkehr Gefängnis bis zu einem Jahr.

Die Montage dieser gesetzlichen Barriere gegen die Bewegungsfreiheit begründete man in Höcherls Haus außenpolitisch: mit Beschwerden Israels über deutsche Raketenbauer in ägyptischen Diensten.

Schon vor einem Jahr, gleich nach den ersten Vorstellungen der Israelis, berieten Staats- und Verwaltungsrechtler in Bonn, wie den deutschen Landsleuten in der ägyptischen Raketenproduktion durch Gesetz das Handwerk gelegt werden könne.

Repräsentanten der drei Bundestagsparteien — vornehmlich die Abgeordneten Böhm (CDU), Dehler (FDP) und Jahn (SPD) — nahmen sich der israelischen Sorgen an. Im Juni 1963 beschloß das Parlament, die Bundesregierung möge ein Gesetz vorlegen, das die Mitarbeit Deutscher bei der Herstellung von Angriffswaffen im Ausland untersagt.

Die Regierungsjuristen wendeten ein: Selbst Uno-Experten seien nicht imstande gewesen, den Begriff Angriffswaffen verbindlich zu definieren.

Die Parlamentarier dagegen drängten, den Wünschen der Israelis gerecht zu werden; jedenfalls solle man im Rahmen des juristisch Möglichen endlich handeln. Das Auswärtige Amt indes warnte vor einem Konflikt mit den Arabern.

Anfang Dezember vergangenen Jahres trug das Bundeskabinett dem Bundesinnenminister trotz solcher Bedenken schließlich auf, das Paßgesetz zu novellieren.

Höcherls Juristen orientierten sich an den Vorschriften des Paßgesetzes von 1952, nach denen der Paß versagt oder entzogen werden kann. Dies geschieht, wenn der Antragsteller oder Paßinhaber

- ▷ die innere oder äußere Sicherheit oder „sonstige erhebliche Belange" der freiheitlichen Bundesrepublik gefährdet,
- ▷ sich der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung, den steuerlichen Pflichten oder der gesetzlichen Unterhaltspflicht entzieht,
- ▷ Zoll- und Devisenvorschriften verletzt oder umgeht,
- ▷ in fremden Heeren „unbefugt" Soldat werden will.

In all diesen Fällen soll der westdeutsche Auslandsreisende laut Höcherls Paßgesetz-Novelle in Zukunft nach Hause geholt werden können.

Den bloßen Paßentzug, der bisher schon für solche Tatbestände angedroht war, hält man im Bonner Innenministerium für eine „zu stumpfe Waffe", zumal der Personalausweis vielenorts als hinlängliches Reisepapier gilt. Und dieses Dokument darf niemandem entzogen werden.

Kommentierte die „Süddeutsche Zeitung" das von Höcherl gewünschte Rückrufrecht: „Wenn es unserer Regierung gestattet wird, nach Ermessensgesichtspunkten und politischen Zweckmäßigkeitserwägungen deutsche Staatsbürger aus dem Ausland unter Strafdrohung zurückzupfeifen, dann öffnet man der Willkür Tür und Tor."

Paß-Novellist **Höcherl**
Gegen Freiheit für die Freiheit

FRIEDENSKORPS

## Lärmen und Helfen

Auf einer Geschäftsreise nach den USA will Direktor Walther Casper von der Frankfurter Metallgesellschaft AG auch eine diplomatische Aufgabe erfüllen. Er wird Sargent Shriver, dem Kennedy-Schwager und Chef des amerikanischen Friedenskorps, auseinandersetzen, warum das Bonner Friedenskorps bislang noch keinen Kämpfer in die Entwicklungsländer in Marsch gesetzt hat.

Metall-Manager Casper ist zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrats der Deutschen Entwicklungsdienst GmbH (DED), die am 24. Juni 1963 im Bonner Bundespräsidentenpalais vor den Augen John F. Kennedys gegründet worden war.

Damals drängelten sich in der Villa Hammerschmidt 200 junge Leute, von privaten Organisationen ausgeliehen, hinter einer Schar von Prominenten. Kennedy schüttelte allen Würdenträgern die Hand. Als er verlangte, auch künftige Friedens-Korpsbrüder kennenzulernen, schob Entwicklungs-Staatssekretär Vialon tuschelnd einige Junghelfer nach vorn.

Der US-Präsident, dessen Schwager Shriver im ersten Jahr (1961) sogleich 700 Freiwillige zum Dienst als Lehrer oder landwirtschaftliche Berater in die unterentwickelte Welt geschickt hatte, schien beeindruckt: „Ich kann mir kein Volk denken, das diese Aufgabe mit größerem Erfolg und größerer Hingabe lösen kann als das deutsche Volk."

Mit Hingabe und Erfolg war jedoch zunächst nur das Gründungsschauspiel

Designierter Friedenskorps-Chef **Bussche**
Aus dem Dschungel in den Dschungel

**Entwicklungsdienst-Büro** in Bad Godesberg: Einen Ritterkreuzträger für das Friedenskorps

inszeniert worden. Bis Anfang März dieses Jahres hatten sich nicht einmal die beiden Geschäftsführer des DED gefunden, die der Gesellschaftsvertrag vorschreibt.

Regierungsrat Dr. Rudolf Schuster vom Entwicklungsministerium lenkte kommissarisch die Geisterarmee. Geschäftsführer durfte er nicht werden, weil sein Dienstherr Walter Scheel ihn nicht hergeben wollte. Daraufhin sperrte sich auch Außenminister Schröder, seinen Afrika-Referenten Steltzer der Hilfs-GmbH zu überlassen.

Seit dem 2. März residiert zwar in zwei Etagen einer früheren Kunststoffabrik in Bad Godesberg als ordentlicher Geschäftsführer Winfried Böll, ein Vetter Heinrich Bölls. Aber auch er will nur so lange bleiben, bis ein Nachfolger für ihn gefunden ist. Winfried Böll scheut den „Kompetenz-Dschungel von Bonn".

Den Dschungel machte ein Partner des DED, der Verein „Lernen und Helfen in Übersee", nicht eben übersichtlicher. In diesem Verein — er hält einen DED-Anteil, der Bund die restlichen 19 — sind mehr als 40 westdeutsche Organisationen zusammengeschlossen, die sich in Fragen der Entwicklungshilfe für kompetent halten. Das vielstimmige Palaver der Mitglieder trug dem Verein in Bonn die Spitzmarke „Lärmen und Helfen" ein.

Es gelang bisher auch nicht, die vier Abteilungsleiterposten des DED endgültig zu besetzen. Geeignete Kandidaten werden dadurch abgeschreckt, daß der Bund nur bescheidene Gehälter nach dem Angestelltentarif bewilligt. Böll verärgert: „Entweder will die Bundesregierung die Sache, oder sie will sie nicht."

Anfang Februar dieses Jahres, sieben Monate nach ihrer Gründung, veranstaltete die Gesellschaft zum erstenmal eine Prüfung für Korps-Aspiranten. Seither treffen sich an jedem Wochenende rund 30 Bewerber mit Ministerialbeamten und Psychologen zu Tests, Diskussionen und Einzelgesprächen.

Der Wochenend-Termin wurde gewählt, damit die Arbeitgeber vom Fernweh ihrer Lohnempfänger nicht zu früh erfahren. Die Maßstäbe, die bei der Auswahl der Bewerber angelegt werden, sind streng. Nur jeder dritte besteht vor den Augen der Prüfungskommissionen. Denn der Andrang Freiwilliger zum Friedenskorps ist groß. Über 5000 Deutsche haben sich gemeldet.

Dreiviertel der Interessenten sind Männer, die meisten aus technischen Berufen. Der älteste Anwärter ist ein 62jähriger Landwirt, jedoch sind 98 Prozent nicht älter als 40 Jahre. Als Motiv geben die Bewerber, laut Böll, häufig an, sie wollten „mal etwas Vernünftiges tun".

Der Bonner Entwicklungsdienst wird diesen Freiwilligen, wenn sie erst einmal im Busch tätig sind, außer dem Lebensunterhalt und der Sozialversicherung nur 200 Mark monatlich auf ein westdeutsches Sparkonto zahlen.

Jedoch hat es noch gute Weile, bis der erste Friedensbote ausreisen kann. Zuvor müssen sich die Aspiranten einer Ausbildung von fünf bis sechs Monaten unterziehen, und es steht noch nicht einmal fest, wann der erste Lehrgang beginnen wird.

Hoffnungsvoller läßt sich zur Zeit die mühselige Suche nach den beiden DED-Geschäftsführern an. Als Verwaltungsmann hat das Scheel-Ministerium den Presseattaché der Deutschen Botschaft in Accra (Ghana), den früheren Korvettenkapitän Dietrich Loewe (AA-Jargon: „Löwe von Accra"), ausersehen. Falls das Auswärtige Amt ihn freigibt, braucht er nur noch den ihm bereits zugesandten Vertrag zu unterschreiben.

Auch der zweite Chef, der das Unternehmen in der Öffentlichkeit repräsentieren soll, scheint gefunden zu sein: Legationsrat a. D. Axel Freiherr v. dem Bussche-Streithorst, 44, ist als deutscher Gegenpart des Kennedy-Schwagers Sargent Shriver in Aussicht genommen.

Der beinamputierte Ritterkreuzträger, Offizier und Widerständler hatte sich Ende 1943 erboten, bei der Vorführung einer neuen Wehrmachtsuniform Hitler und sich selbst in die Luft zu sprengen; die Uniformschau wurde in letzter Minute abgesagt.

Nach dem Krieg tat Bussche zunächst unter Blank Dienst in dessen Bonner Verteidigungsbehörde; später arbeitete er einige Jahre an der Deutschen Botschaft in Washington. Sein letzter Posten verschaffte ihm die für das Friedenskorps nützliche Erfahrung im Umgang mit der Jugend: Er leitete bis 1962 die exklusive Internatsschule Schloß Salem am Bodensee.

Somit kann Verwaltungsrats-Vorsitzender Casper in dieser Woche seinem amerikanischen Gesprächspartner Shriver wenigstens einige personelle Fortschritte melden. Die ersten Marschbefehle für Bonner Friedenssoldaten sind jedoch nicht vor dem Dezember dieses Jahres zu erwarten.

WEHRSTRAFGERICHTE

## Kleinstädte bevorzugt

Fünfzig deutsche Richter und Staatsanwälte üben seit einem Jahr Weltkrieg III. Auf Geheiß des Bundesjustizministeriums scheuen sie bei ihren Exerzitien das Licht der Öffentlichkeit.

* Vor dem Calwer Schöffengericht im Nagold-Prozeß. Von links: Ingo Fischer, Manfred Lauster, Bodo Heitmann, Jürgen Mayer.

**Bundeswehr-Soldaten** vor Gericht*: Eine Hausfrau als Richter